

Beide Parteien sind der Meinung, daß es im Interesse beider Völker liegt, eine Zone der verminderten und kontrollierten Rüstung in Europa zu schaffen. Ein wirksames Mittel, um Frieden und Sicherheit in Europa zu garantieren und die von Westdeutschland und der NATO ausgehende Kriegsgefahr zu beseitigen, wäre die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, dem alle Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung angehören könnten. Damit würden auch günstige Voraussetzungen geschaffen, um der friedlichen Lösung der deutschen Frage näher zu kommen.

Die von der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagenen Maßnahmen, die Stärke und Bewaffnung der Armeen in beiden deutschen Staaten zu beschränken und eine Stationierung von Atomwaffen in Deutschland nicht zuzulassen, werden von der Kommunistischen Partei Österreichs begrüßt, zumal dadurch ernste Gefahren für die Existenz und die Unabhängigkeit Österreichs beseitigt würden.

Beide Parteien begrüßen die von dem österreichischen Bundespräsidenten geäußerte Absicht, an die Staatsoberhäupter der Welt einen Appell zur Ächtung der Atomwaffen zu richten. Die Kommunistische Partei Österreichs unterstützt die Bestrebungen der friedliebenden Menschen in Österreich, Regierung und Parlament dazu zu veranlassen, daß sie diese Initiative des Bundespräsidenten aufgreifen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt, daß sie alle Bemühungen um die Ächtung der Atomwaffen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt.

II

Beide Parteien stimmen darin überein, daß der mit Hilfe der USA wiedererstandene deutsche Imperialismus heute die Hauptgefahr für Frieden und Sicherheit in Europa und somit auch für das deutsche und das österreichische Volk bildet. Die Ernennung des Hitler generals Speidel zum Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa und die Bestrebungen, die von militaristischen Kriegsverbrechern befehligte westdeutsche NATO-Armee mit Atomwaffen auszurüsten, zeigen die wachsende Rolle des deutschen Militarismus in den NATO-Kriegsplänen.

Die ökonomische Grundlage für dieses NATO-Paktsystem in Europa sollen der „Gemeinsame europäische Markt“ und das „Euratom“ unter Führung der deutschen Monopole und Kartelle bilden.